

Sparkommissar der grün-schwarzen Koalition

Uffbasse übernimmt Verantwortung ohne Machtallüren

DARMSTADT. Die Wählergemeinschaft Uffbasse ist eine atypische politische Gemeinschaft. Normalerweise geht es in der Politik um Macht und damit automatisch um einflussreiche Positionen, die in Koalitionsgesprächen ausgehandelt werden. Uffbasse hätte das im vergangenen Sommer auch machen und beispielsweise einen Stadtratsposten fordern können, als die Fraktion eine „Kooperation“ mit der grün-schwarzen Koalition einging. Aber das tat die Wählergemeinschaft nicht. Sie sicherte Grünen und CDU, die bei der Kommunalwahl ihre Mehrheit im Stadtparlament um einen Sitz verpasst hatten, Zustimmung in Personalentscheidungen und bei der Abstimmung über den Haushalt zu, um politische Stabilität in der Stadt zu garantieren. Das war's.

Nun nimmt die staatstragende Rolle der Fraktion unerwartet noch größere Formen an. Uffbasse führt, wie die Sprecherin Kerstin Lau bestätigte, „Verhandlungen“ mit Grünen und CDU über die Sparmaßnahmen, die wegen des Einbruchs bei der Gewerbesteuer nötig werden. Ziel sei, bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung am 13. Juni ein abgestimmtes Konsolidierungskonzept vorzulegen.



Zweimal Uffbasse: Kerstin Lau und Georg Hang
Fotos: Kretzer, Dreisam

Das werde zwar noch nicht vollständig sein, aber schon einmal die Richtung anzeigen. Geht es nach der Wählergemeinschaft, wird das Papier keine Anhebung der Grundsteuer vorsehen, dafür aber Einsparungen etwa durch den Verzicht auf den Bau der Lichtwiesenbahn, die Absage der Landesgartenschau 2022 sowie der Welterbeprobewerbung Darmstadts bei der Unesco. Gegenüber dieser Zeitung bezeichneten Lau und Fraktionsmitglied Georg Hang auch die Fortführung des Projekts „Masterplan 2030+“ und den geplanten städtebaulichen Wettbewerb für die Innenstadt als verzichtbar.

Die finanzielle Situation der Stadt hat sich dramatisch verdüstert durch eine Gewerbesteuerrückzahlung von 33 Millionen Euro im vergangenen Jahr und voraussehbare Einbrüche in diesem Jahr, die Kämmerer André Schellenberg (CDU) mit 52 Millionen Euro beziffert. Nun steht die Frage im Raum, wie der anvisierte Haushaltsausgleich unter diesen Bedingungen noch zu gewährleisten ist. Ursprünglich war vorgesehen, mit einem Plus von 6,3 Millionen Euro Ende des Jahres dazustehen. Aber selbst das wäre inzwischen nicht mehr ausreichend, nimmt man die Haushaltsverfügung des Regierungspräsidiums. Die Aufsichtsbehörde stuft darin die finanzielle Leistungsfähigkeit Darmstadts als „gefährdet“ ein. Deshalb verlangt sie schon für dieses Jahr ei-

nen Abbau der bestehenden Kassenkredite in Höhe von 15,5 Millionen Euro. Diese Summe muss also auch erwirtschaftet werden.

In der vergangenen Stadtverordnetenversammlung hatte Lau angesichts dieser Situation zu einen „Paradigmenwechsel“ aufgerufen. Alle Fraktionen müssten sich fragen, „was wir in Zukunft wirklich brauchen“. Um diese Frage zu beantworten, muss Hang zufolge zunächst einmal „alles auf den Prüfstand“. An dieser politischen Selbstprüfung sollten sich nach Ansicht von Uffbasse alle Stadtverordneten beteiligen. Im Haushalt gebe es nicht viele Positionen, die man schmerzfrei einsparen könne. „Die Manövriermasse beträgt vielleicht zehn Prozent der Ausgaben. Da wird alles, was wir machen, zu einer Operation am offenen Herzen. Wir brauchen daher jeden Kopf und jede gute Idee“, sagt Lau, die am liebsten eine interfraktionelle Runde einrichten würde, um alle an einen Tisch zu holen.

Die Haltung, die klassische Rollenverteilung in „Regierung“ und „Opposition“ aufzuweichen, ist typisch für Uffbasse, für die der Kooperationsvertrag eine Art Türöffner zum gewünschten System wechselnder Mehrheiten war. Bislang funktionierte das, wie Lau zugibt, nur in Ausnahmefällen. Jetzt sieht sie dazu die Gelegenheit im großen Stil gekommen. Deshalb ihr Appell an Regierung und Opposition: „Jedem sollte klar sein, dass man den Karten nur zusammen aus dem Dreck kriegt.“ Stimmt das Gesamt-Sparpaket, würde Uffbasse einer Gewerbesteuererhöhung zustimmen, wie es Schellenberg im Nachtragshaushalt 2017 vorschlägt. Aber die Erhöhung der Grundsteuer lehnt die fünf Mitglieder zählende Fraktion rundherum ab – wie die gesamte Opposition auch.

Schellenberg hatte bei der Einbringung des Nachtragshaushalts gesagt, die jetzige Situation sei kein „Horrorzenario“. Der Kooperationspartner sieht das anders und spricht von einer „ständigen Abwärtsspirale“ in Darmstadt. Reiner Horror wäre für Hang zum Beispiel, wenn die Stadt tatsächlich noch einmal 50 Millionen Euro für die zweite Stufe der Sanierung des Hessischen Landestheaters aufbringen müsse, die das Land plane. Nach der Rechnung des Haushaltsexperten der Fraktion dürfen Investitionen kein Tabu sein, da sie den Ergebnishaushalt der Stadt durch Zinszahlungen belasteten mit rund 20 000 Euro für jede investierte Million Euro. Auch deshalb will Uffbasse alle „Prestigeprojekte“ streichen.

Liest man die Haushaltsverfügung des Regierungspräsidiums, könnte man denken, die „Unabhängige Fraktion freier Bürger – Aufrecht, spontan, subkulturell, eigensinnig“ (Uffbasse) sei mittlerweile so staatstragend wie die Aufsichtsbehörde. Die warnt ebenfalls vor der geplanten Ausweitung der investiven Schulden, bezeichnet die erreichte Summe von 800 Millionen Euro an Verbindlichkeiten als Obergrenze und kündigt für alle kreditfinanzierten Projekte eine „aufsichtsbehördliche Einzelgenehmigung“ an, sollten „erneut Defizite im ordentlichen Ergebnis des Ergebnishaushalts auftreten“. Derzeit ist genau das der Fall. Nach Laus Rechnung liegt das Defizit auch nach Steuererhöhungen und Haushaltssperre immer noch bei zwölf Millionen Euro.

RAINER HEIN

Vom Szenegewächs zum politischen Partner

In Darmstadt haben die grün-schwarze Koalition und die Wählergemeinschaft Uffbasse einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Darin gibt es nur zwei verbindliche Zusagen.

h.r. DARMSTADT. Gut eine Woche nachdem Grüne und CDU ihren Koalitionsvertrag vorgestellt haben, hat das Bündnis gestern die Kooperationsvereinbarung mit der Wählergemeinschaft Uffbasse besiegelt. Der Handschlag fand an symbolischer Stätte statt: in der „Datte- rich-Klause“, einem denkmalgeschützten Rundbau nahe dem Hauptbahnhof, der derzeit die Keimzelle des bürger- schaftlichen Projekts „Essbares Darm-



Kerstin Lau ist die Fraktionsvorsitzende der Wählergemeinschaft Uffbasse.

Foto Linda Dreisen

stadt“ bildet. Ganz in diesem Sinne nannte der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Yücel Akdeniz, die Koalitionsvereinbarung ein „weiteres Mosaiksteinchen der Beteiligungskultur“.

Für Darmstadts Wähler, die bei der Kommunalwahl im März der grün-schwarzen Koalition eine abermalige Mehrheit versagt haben, wird es künftig wichtig werden, zwischen Koalition und Kooperation zu unterscheiden. Grüne und CDU, die unter Oberbürgermeister Jochen Partsch (Die Grünen) den gesamten hauptamtlichen Magistrat bilden – ergänzt um die parteilose Baudezernentin Cornelia Zuschke –, haben ihre politischen Vorstellungen in einem umfangreichen Vertrag verbindlich festgelegt. Die Vereinbarung mit Uffbasse umfasst hingegen nur zwei verbindliche Punkte sowie sechs politische Themen, die zum Teil sehr vage formuliert sind. Ansonsten wird die Wählergemeinschaft weiterhin frei „in eigener Verantwortung und Bewertung“ abstimmen. Je nach Thema könnten sich somit Mehrheiten in unterschiedlichen Konstellationen ergeben. Grüne, CDU und Uffbasse seien sich darin einig, dass diese für Darmstadt neue Form der kommunalen Zusammenarbeit in der Stadtverordnetenversammlung „zu einer Belebung der kommunalen Demokratie beitragen kann“, heißt es in der Präambel der Vereinbarung.

Verbindlich geregelt ist der Umgang mit dem Haushalt. Uffbasse sichert Grünen und CDU zu, den Haushaltsplänen der Koalition zuzustimmen, allerdings nur unter der Maßgabe, dass für die darin aufgeführten Vorhaben ein Beschluss der Stadtverordneten vorliegt. Diese Zusage soll einerseits Verwaltung und Stadtregierung Handlungsfähigkeit garantieren, Uffbasse andererseits erlauben, ein-

zelne Vorhaben der grün-schwarzen Koalition auch abzulehnen.

Für das Darmstädter Szenegewächs Uffbasse geht mit der Vereinbarung nach den Worten ihrer Fraktionsvorsitzenden Kerstin Lau eine „Vision“ in Erfüllung: eine Politik jenseits des Schemas Regierung und Opposition. Ein neues Modell mit wechselnden Mehrheiten sei zeitgemäßer, sagte sie gestern. Die Wählergemeinschaft lebt dieses Modell schon seit 15 Jahren. Entwickelt hat sich die Gruppierung in den neunziger Jahren aus der Punk- und Rock-Musikszene als Protestbewegung gegen die „Etablierten“. Ihr Mitbegründer Jörg Dillmann, der bei der Oberbürgermeisterwahl 1993 als „Highlander“ im Schottenrock antrat, wollte den Leuten damals zeigen, „dass es in der Stadt noch mehr gibt als die eingeschlafenen Grünen“.

Anders als die Piraten hat sich die „Unabhängige Fraktion freier Bürger – Aufrecht, spontan, subkulturelle, eigensinnig (Uffbasse)“ im kommunalpolitischen Geschäft gehalten. Seit der Kommunalwahl 2001 ging es stetig bergauf: von 2,1 Prozent bis zu 7,7 Prozent bei der Abstimmung im März. Die fünf Mitglieder zählende Fraktion führt seit Dillmanns Ausscheiden die Sozialpädagogin Lau, die nicht minder politikerfahren ist wie ihr Vorgänger. Eine feste Koalition war ihr und ihren Kollegen schon einmal 2006 angeboten worden, als das rot-grüne Bündnis seine Mehrheit verlor. Damals lehnte Uffbasse dankend ab, weshalb es anschließend mit Hilfe der FDP zu einer Ampelkoalition kam.

Nun hat Oberbürgermeister Partsch mit Uffbasse, wie er gestern sagte, seinen „Wunschpartner“ gefunden. Mit der Wählergemeinschaft gebe es große Schnittmengen und durch die Vereinbarung außerdem die Chance zu einer „demokratischen Weiterentwicklung Darmstadts“. Auch die CDU-Spitze sieht das so. Fraktionschef Hartwig Jourdan sprach von einer „interessanten Entwicklung“, durch die sich das politische Klima weiter verbessern könne, der Parteivorsitzende Paul Wandrey von einem „gewissen Pragmatismus“, zu dem das Wahlergebnis verpflichte. „Hinter den vereinbarten Themen können wir alle stehen.“ Das gilt insbesondere für die andere verbindliche Zusage von Uffbasse, bei den 2017 anstehenden drei Dezernentenwahlen die Kandidaten von Grünen und CDU mitzuwählen. Personalpolitisch haben beide Parteien damit freie Hand.

Aber auch die anderen Punkte stellen für die grün-schwarze Koalition keine politischen Kröten dar. Vereinbart wurde, beim sozialen Wohnungsbau künftig das Münchner Modell der sozialgerechten Bodennutzung zu prüfen und für den Öffentlichen Personennahverkehr das Wiener Modell einer Jahreskarte für 365 Euro oder die Möglichkeit eines Sozialtickets. Die Fortsetzung der Schulbausanierung mit Priorität auf die Sanierung des Berufschulzentrums Nord wurde festgeschrieben, die Aufstellung eines Berufsschulentwicklungsplans innerhalb eines Jahres sowie der Umbau des Stadions am Böllenfalltor. Außerdem ist vereinbart, dass die freie Szene stärker gefördert werden soll.